

Rat und Tat

Einführung und Dokumentation*

Guter Rat ist teuer und zumeist verwirrend vielfältig. Wie erkenne ich aber den guten Ratschlag: wie also zwischen den diversen Expertisen, zwischen Gutachten und Gegen-Gutachten entscheiden? Denn schlechter Rat ist noch teurer, weil zudem schädlich. Es sind nicht immer die häufig arg gescholtenen Politiker, welche die Midas-mütze tragen (unter der sie die Eselohren verbergen), sondern nicht minder oft die Berater, und nicht nur die privaten Beraterfirmen, sondern ebenso die wissenschaftlichen Ratgeber der Politik. Die aktuelle Diskussion um ›Junk Science‹ – sozusagen wissenschaftlichen Unrat – legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Es stellt sich mithin zwangsläufig die Frage nach der wissenschaftlichen Qualität der Beratung und Berater. Ein grundlegendes Qualitätsmerkmal der Politikberatung besteht darin, zwischen sicherem Wissen, unsicherem Wissen und Nichtwissen unterscheiden zu können, um die Rahmenbedingungen prognostischer Aussagen einzuschätzen. Von zentraler Bedeutung sind ebenso die Operationalisierbarkeit des Wissens und die praktische Umsetzung der Erkenntnisse bis in die Ressortberatung hinein. Dabei spielen die Wissenschaftsinstitutionen eine herausragende Rolle, und auch die noch immer nicht gelöste Frage einer Nationalen Akademie der Wissenschaften sollte nicht zuletzt unter diesem Blickwinkel sorgfältig bedacht werden.

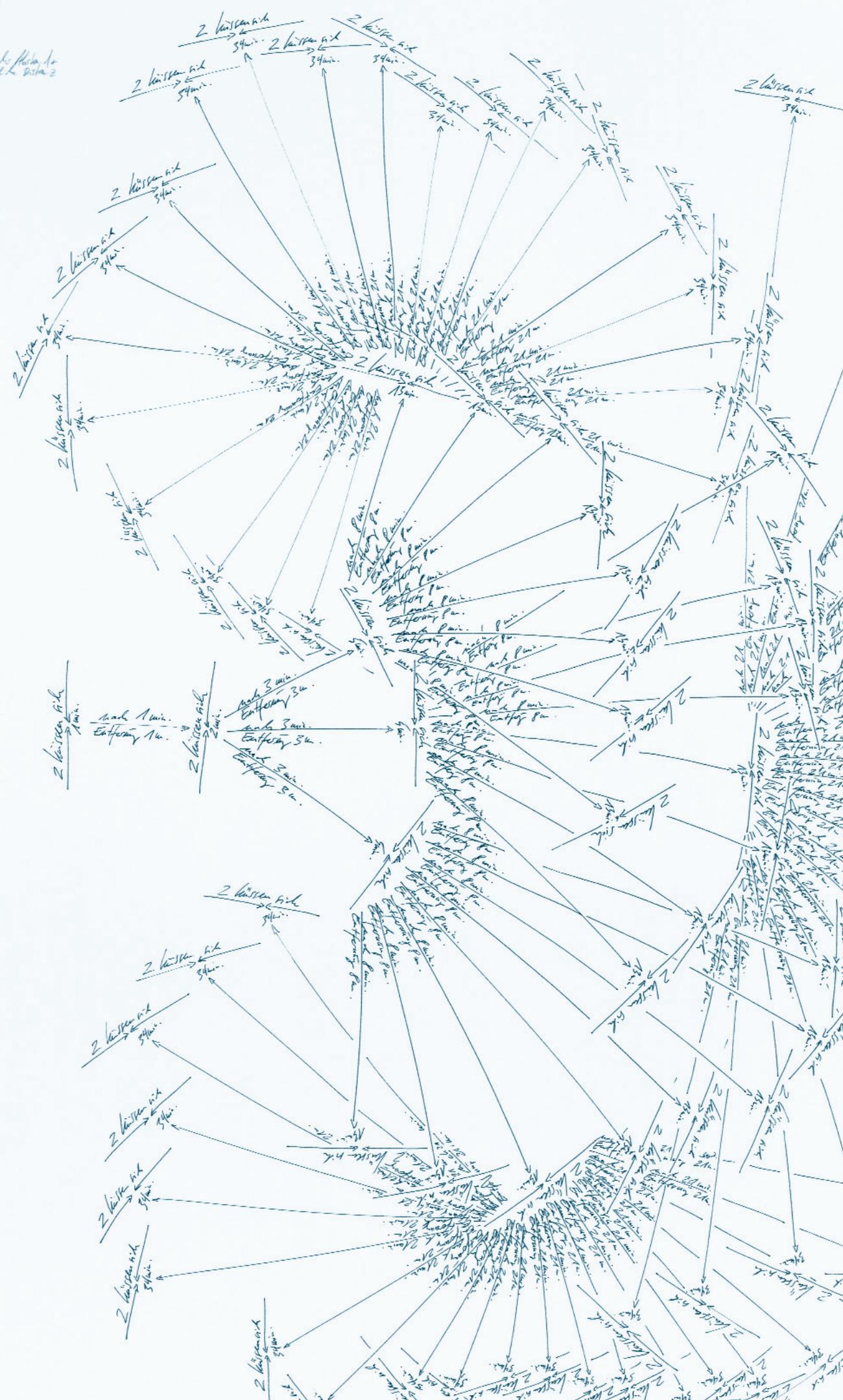
Alexander von Humboldt wusste: »Könige kennen schon aus Bequemlichkeit in jeder Wissenschaft immer nur einen Namen, den ersten!« Der heutige politische Beratungsdiskurs findet dagegen in einem wesentlich unübersichtlicheren Rahmen statt, nämlich im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Er sollte offen und öffentlich geführt werden. Die öffentlichen Stimmen in Gestalt der Medien sind indes nicht gut beraten (um an die eigenen wissenschaftsjournalistischen Ohren zu fassen), wenn sie nur auf spektakuläre Themen setzen, statt für solide Aufklärung und Wissensvermitt-

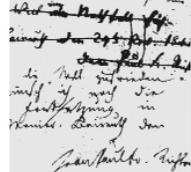
lung zu sorgen. Nicht zuletzt durch die neuen Medien, vor allem durch das Internet, sind herkömmliche Kommunikationsstrukturen aufgebrochen und neue geschaffen worden; sie bieten die Möglichkeit anderer gesellschaftlicher Vernetzungen – ein Phänomen, das etwa das Konzept der ›Governance‹ zu beschreiben versucht. Auch der Entwurf der ›gesellschaftlichen Selbstberatung‹ nimmt diesen Gedanken auf und entwickelt ihn weiter. Wer berät wen? Die Komplexität der hochtechnisierten, von der Globalisierung erfassten Gesellschaften, die immer weniger durchschaut werden kann, produziert zunehmend Ratlosigkeit und Ängste und generiert einen rasch anwachsenden Beratungsbedarf, und zwar in allen Sektoren der Gesellschaft, den öffentlichen wie privaten (vom Therapeuten bis zum Ernährungsberater). Die Geschichte kennt seit der Antike eine Vielzahl von gescheiterten, aber auch gescheiterten Politikberatern (obwohl nicht alle so dramatisch scheitern wie Seneca mit seinem Zögling Nero), aber das platonische Ideal, dass der Philosoph als ›Freund der Weisheit‹ eigentlich herrschen sollte, findet sich selbst bei Machiavelli in *Il Principe*, wenn er schreibt: »Ein Fürst, der nicht weise ist, kann auch niemals weise beraten werden.« Heute jedoch sind idealiter alle Bürger beteiligt als Ratsuchende oder Ratende, was die Weisheitsforderung generalisiert und die Dinge keineswegs leichter macht. Beraten, erraten und verraten sind nur durch eine Vorsilbe voneinander getrennt, in ihrer Bedeutung und Wirkung liegen sie indes himmelweit auseinander; wie es das Unglück will, ist's in der Praxis nicht immer leicht, diese Unterscheidungen angemessen zu treffen, sodass das Publikum den wissenschaftlichen Rat, der diesen Namen verdient, mitunter nicht zu erkennen vermag. Es gibt also Gründe genug, die Tat des Rates und den Rat zur Tat genauer unter die Lupe zu nehmen.

* Einführung von Wolfert von Rahden, Dokumentation von Margarete Roewer

I/01, 1, 2, 3, 5, 8, 10, 29, 34

Power
Eckle's Plan for
Power 2.4. 1934.2





Klassiker

»Die, die ihren eigenen Weg nicht kennen, zeigen anderen die Richtung.« (Cicero, in: *De divinatione*, 1,132)

»Niemand irrt nur für sich allein, sondern er ist auch Grund und Urheber fremden Irrtums.«
(Seneca, in: *De vita beata*, I. 4)

»Aber wenn ein nicht kluger Fürst sich mit mehreren berät, so werden seine Ratgeber nie einig sein, und er wird sie von sich aus nicht unter einen Hut bringen; jeder seiner Ratgeber wird stets an seinen Vorteil denken, und er wird sie nicht ausgleichen und durchschauen können.«
(Machiavelli, in: *Der Fürst*, S. 122f.)

»Viele haben sich Republiken und Herrschaften erdichtet, die sie in Wahrheit niemals gesehen und kennengelernt haben. Denn zwischen dem Leben, so wie es ist, und dem Leben, so wie es sein sollte, besteht ein so großer Unterschied, dass derjenige, der nicht beachtet, was geschieht, sondern nur das, was geschehen sollte, viel eher für seinen Ruin als für seine Erhaltung sorgt; denn ein Mensch, der in jeder Beziehung für das Gute eintreten möchte, müsste inmitten so vieler schlechter Menschen zugrunde gehen. Daher muss ein Fürst, wenn er sich halten will, lernen, schlecht zu sein und davon je nach Bedarf Gebrauch zu machen.«
(Machiavelli, in: *Der Fürst*, S. 96)

»Und darin [...] soll der Hofmann schmiegsam sein, auch wenn es gegen seine Natur geht, in der Weise, daß er, sooft er seinen Fürsten sieht, trachte, mit ihm von angenehmen Dingen zu reden; das wird ihm gelingen, wenn er das seinem Herrn gefällige mit Scharfsinn erkennt, sich mit Klugheit hineinfindet und es mit entschlossenem Willen durchführt, auch wenn es ihm persönlich vielleicht mißfällt.« (Castiglione, in: *Der Hofmann*, S. 71)

»Zur Natur des Rats gehört ebenfalls, daß jedermann, der um ihn fragt, den Erteilenden billigerweise weder anklagen noch bestrafen kann, denn einen anderen um Rat fragen heißt ihm erlauben, den Rat zu erteilen, den er für den besten hält.« (Hobbes, in: *Leviathan*, S. 197)

»Da sich die Fähigkeit zum Erteilen eines Rats auf Erfahrung und lange Studien gründet und man von niemand erwartet, daß er in allen Dingen, deren Kenntnis zur Regierung eines großen Staates notwendig ist, erfah-

ren ist, kann jemand nur in solchen Gebieten als guter Berater angesehen werden, in denen er nicht nur große Übung besitzt, sondern über die er auch reiflich nachgedacht und Untersuchungen angestellt hat.«
(Hobbes, in: *Leviathan*, S. 200)

»Die Weisen, die sich dem Volk gegenüber ihrer eigenen Sprache statt der seinigen bedienen wollen, wären unfähig, sich ihm verständlich zu machen. Zahlreiche Ideen lassen sich aber nie in die Sprache des Volkes übertragen. Zu allgemeine Gesichtspunkte und allzu entfernte Ziele übersteigen in gleicher Weise seine Fassungskraft.«
(Rousseau, in: *Der Gesellschaftsvertrag*, S. 73)

»Wer die Menschen beherrscht, hat einen großen Vorteil gegenüber dem, der sie belehrt, denn er ist nicht verpflichtet, sich vor jedermann und für alles zu rechtfertigen. Und wenn man ihn auch wegen mancher politischer Entscheidungen tadelt, die man nicht versteht, so lobt man doch auch sehr viele Dummheiten.«
(Vauvenargues, in: *Reflexionen und Maximen*, S. 204f.)

»Darin liegt das Unglück der Menschheit im gesellschaftlichen Zustand: Obwohl man in Moral und Politik sagen kann, das Übel sei, was schadet, kann man nicht sagen, das Gute sei, was nützt; denn was einen Augenblick von Nutzen, kann lange oder für immer zum Schaden sein.« (Chamfort, in: *Maximen und Gedanken*, S. 434)

»Aus großen Versammlungen gehen keine weisen Beschlüsse hervor. Auch sind Minister, die meist gegeneinander intrigieren, uneins; Persönliches, Haß und Leidenschaft, wird in Staatsangelegenheiten hineingetragen; die mündliche Debatte mit ihrem oft heftigen Widerstreit der Meinungen verdunkelt die Sachlage, die sie aufklären soll, und schließlich bleibt das Geheimnis, die Seele der Geschäfte, bei so vielen Mitwissern nie völlig gewahrt.«
(Friedrich II., in: *Politisches Testament*, S. 27)

»Es ist so bequem unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, u.s.w.: so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nöthig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen.«
(Kant, in: *Was ist Aufklärung?*, S. 35)



»Man muß heutzutage den menschlichen Geist bei der Theorie festhalten; er eilt von selbst zur Praxis hin, und statt ihn unaufhörlich auf die Einzeluntersuchung untergeordneter Wirkungen zurückzuführen, ist es gut, ihn bisweilen davon abzulenken, um ihn zur Betrachtung der Grundursachen zu erheben.« (de Tocqueville, in: *Über die Demokratie in Amerika*, S. 531)

»Daß Wissenschaft heute ein fachlich betriebener ›Beruf‹ ist im Dienst der Selbstbesinnung und der Erkenntnis tatsächlicher Zusammenhänge, und nicht eine Heilsgüter und Offenbarungen spendende Gnadengabe von Sehern, Propheten oder ein Bestandteil des Nachdenkens von Weisen und Philosophen über den Sinn der Welt –, das freilich ist eine unentrinnbare Gegebenheit unserer historischen Situation, aus der wir, wenn wir uns selbst treu bleiben, nicht herauskommen können. Und wenn nun wieder Tolstoi in Ihnen aufsteht und fragt: ›Wer beantwortet, da es die Wissenschaft nicht tut, die Frage: was sollen wir denn tun? und: wie sollen wir unser Leben einrichten?‹ [...] – dann ist zu sagen: nur ein Prophet oder ein Heiland. Wenn der nicht da ist oder wenn seiner Verkündigung nicht mehr geglaubt wird, dann werden Sie ihn ganz gewiß nicht dadurch auf die Erde zwingen, daß Tausende von Professoren als staatlich besoldete oder privilegierte kleine Propheten in ihren Hörsälen ihm seine Rolle abzunehmen versuchen.« (Max Weber, in: *Wissenschaft als Beruf*, S. 33)

»Es ist durchaus wahr und eine – jetzt hier nicht näher zu begründende – Grundtatsache aller Geschichte, daß das schließliche Resultat politischen Handelns oft, nein: geradezu regelmäßig, in völlig unadäquatem, oft in geradezu paradoxem Verhältnis zu seinem ursprünglichen Sinn steht. Aber deshalb darf dieser Sinn: der Dienst an einer Sache, doch nicht etwa fehlen, wenn anders das Handeln inneren Halt haben soll. Wie die Sache auszusehen hat, in deren Dienst der Politiker Macht erstrebt und Macht verwendet, ist Glaubenssache. Er kann nationalen oder menschheitlichen, sozialen und ethischen oder kulturellen, innerweltlichen oder religiösen Zielen dienen, er kann getragen sein von starkem Glauben an den ›Fortschritt‹ – gleichviel in welchem Sinn – oder aber diese Art von Glauben kühl ablehnen, kann im Dienst einer ›Idee‹ zu stehen beanspruchen oder unter prinzipieller Ablehnung dieses Anspruchs äußeren Zielen des Alltagslebens dienen wollen, – immer muß irgendein Glaube da

sein. Sonst lastet in der Tat – das ist völlig richtig – der Fluch kreatürlicher Nichtigkeit auch auf den äußerlich stärksten politischen Erfolgen.« (Max Weber, in: *Politik als Beruf*, S. 53)

»Die Fachentbundenheit und die Bezogenheit auf davon unterschiedliche Herrschaftsbeziehungen begründet sogar den kennzeichnendsten Zug in den Verhaltensweisen der Manager, den man in dem ihnen eigentümlichen Bedürfnis sehen muß, geradezu grundsätzlich alle Sachbezüge in Herrschaftsbezüge umzufälschen, aus allem eine ›Organisationsaufgabe‹ zu machen und diese Organisation letzten Endes um der Organisation willen zu betreiben, ein Verhältnis, das typisch ist für jede Art der Machtausübung. Damit wird der hohe Anteil an versachlichten Funktionen, über die unsere moderne Gesellschaft verfügte und für die eben der Fachmann zuständig war, durch die Herrschaftsbedürfnisse der Manager gerade abgebaut; Machtdenken wird in Gebieten ausschlaggebend, die bis dahin – ein Gewinn unserer modernen zivilisatorischen Entwicklung – allein fachlich-technischen Überlegungen im Dienste einer sachlich-verselbständigten Aufgabe unterstanden.« (Schelsky, in: *Berechtigung und Anmaßung*, S. 24)

»Sie selbst, die Intellektuellen, sind ein Teil dieses Machtsystems, die Vorstellung, sie seien die Agenten des ›Bewusstseins‹ und des Diskurses, gehört selbst zum System. Die Rolle des Intellektuellen besteht nicht darin, sich ›etwas vorweg oder etwas seitab‹ zu platzieren, um die stumme Wahrheit aller auszusprechen; sie besteht vielmehr darin, dort gegen die Formen einer Macht zu kämpfen, wo er zugleich Gegenstand und Instrument dieser Macht ist: in der Ordnung des ›Wissens‹, des ›Bewusstseins‹ und des ›Diskurses‹.« (Foucault, in: *Analytik der Macht*, S. 54)

Politik

»Der wichtigste Beitrag der Wissenschaft zur Vorbereitung politischer Entscheidungen liegt darin, die Konsequenzen unterschiedlicher Wege deutlich zu machen, Optionen und Strategien darzustellen. Dann können die politisch Verantwortlichen aus dem Möglichen das ihnen Wünschenswerte auswählen und dann wissen sie auch, womit sie rechnen müssen und worauf sie sich einlassen.

Das kann auch das Vertrauen der Menschen in die Zukunft stärken. Politisch Verantwortliche sollten allerdings immer wieder deutlich machen, dass es bei ihren Entscheidungen nicht um letzte Wahrheiten geht, sondern um praktische Lösungen im Interesse der Menschen. Wenn beide Seiten – die Wissenschaft und die Politik – diese Aufgabenteilung akzeptieren, dann steigen die Chancen dafür, dass die Wissenschaft beratungsfähig ist und die Politik beratungswillig.«

(Rau, in: Rede für den Wissenschaftsrat)

»Es gibt auch in der Wissenschaft den Wunsch, in der Nähe der Macht zu sein. Macht ist verführerisch. Die Vorstellung, man könnte auf die Ausübung der Macht durch seinen Rat einwirken, hat schon manchen Wissenschaftler dazu veranlasst, seine wissenschaftliche Erkenntnis zu Gunsten der Macht zu relativieren, um den Zugang zur Macht nicht zu verlieren.«

(Biedenkopf, in: *Was erwartet die Politik*, S. 23)

»Die Wissenschaft muss selbst politisch werden. Es geht somit nicht allein darum, ob sich die Wissenschaft zur Verfügung stellt. Dies ist eine sehr vornehme Art, mit der Politik in Berührung zu kommen. Es geht darum, ob man aus der Freiheit von Wissenschaft und Forschung eine Obliegenheit ableitet, sich selbst am öffentlichen politischen Diskurs zu beteiligen, und zwar mit dem Ziel der Wirksamkeit.«

(Biedenkopf, in: *Was erwartet die Politik*, S. 29)

»Sie bekommen heute für nahezu jedes gewünschte Ergebnis ein finanziertes Gutachten aus der Wissenschaft. Das ist ein Problem. Ratschläge zu bekommen, die nicht interessengeleitet sind, ist fast unmöglich. Am besten sind immer noch die Bewertungen von den Elder Statesmen, also von Leuten, die ein Amt hinter sich haben. Die sind abgeklärt – und beraten im Übrigen auch meist umsonst. Die geben ihre Ratschläge aus Patriotismus, nicht des Geldes wegen.« (de Maizièrè, in: *Berliner Zeitung*)

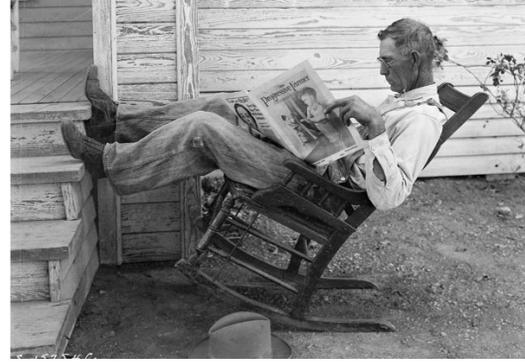
Wissenschaftsinstitutionen

»Die DFG berät Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen. Als Stimme der Wissenschaft im politischen und gesellschaftlichen Diskurs berät und begleitet sie politische Entscheidungsprozesse mit wissen-

schaftlichem Sachverstand. Durch die Beratungen in den Senatskommissionen der DFG und durch die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse nimmt sie Stellung zu Strukturfragen der Wissenschaft und zur verantwortlichen Anwendung wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse in der Gesellschaft. Mit einem Regelwerk zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis stellt sie einen international anerkannten Orientierungsrahmen bereit. [...]

Ihrem Satzungsauftrag entsprechend hat die DFG zahlreiche Kommissionen und Ausschüsse ins Leben gerufen, die doppelte Beratungsfunktion haben: einerseits ist sie auf die Gremien der DFG bei deren eigenen Entscheidungen gerichtet, andererseits schaffen die Gremien die wissenschaftliche Voraussetzung für die Beratung von Parlamenten, Behörden und Öffentlichkeit durch die DFG. Der Satzungsauftrag zur »Politikberatung« hat in den letzten Jahren durch Erweiterung der Beratungsfelder und der avisierten Zielgruppen noch an Bedeutung gewonnen. So haben vor allem die Senatskommission für Grundsatzfragen der Genforschung, aber auch die Senatskommission für tierexperimentelle Forschung sich mit grundlegenden Fragen des Verhältnisses von Wissenschaft, Ethik und Recht befasst. Herausragendes Beispiel ist die Stellungnahme der DFG zum Themenkreis »Humane embryonale Stammzellen« vom Mai 2001. Sie hat durch ihre gleichermaßen biologische und juristische, zugleich auch ethische Argumentation eine intensive öffentliche Debatte ausgelöst. [...] Voraussetzung und Grundlage für die Politikberatung ist, dass die Beratungsleistung der DFG wissenschaftlich fundiert und ihre Position unabhängig ist. Nur so vermag die DFG als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft im Namen und im Auftrag der Forschung auch weiterhin Politik und Öffentlichkeit in wichtigen Fragen zu beraten.« (Deutsche Forschungsgemeinschaft)

»Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Er hat die Aufgabe, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung zu erarbeiten. Seine Empfehlungen sollen mit Überlegungen zu den quantitativen und finanziellen Auswirkungen und ihrer Verwirklichung verbunden sein; sie sollen den Erfordernissen des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens entsprechen. Der Wissenschaftsrat gibt Empfehlungen und Stellungnahmen im Wesentlichen zu zwei Aufgabenfeldern der Wissen-



schaftspolitik ab, nämlich zu den wissenschaftlichen Institutionen (Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen), insbesondere zu ihrer Struktur und Leistungsfähigkeit, Entwicklung und Finanzierung, übergreifenden Fragen des Wissenschaftssystems, zu ausgewählten Strukturaspekten von Forschung und Lehre sowie zur Planung, Bewertung und Steuerung einzelner Bereiche und Fachgebiete. [...]

Der Wissenschaftsrat ermöglicht zu diesen Fragen einen kontinuierlichen Dialog zwischen Wissenschaft und Politik, denn in ihm wirken Wissenschaftler und Repräsentanten des öffentlichen Lebens gleichberechtigt mit den Vertretern von Bund und Ländern zusammen. Er ist eine Einrichtung der Politikberatung und ein Instrument des kooperativen Föderalismus zur Förderung der Wissenschaft in Deutschland. Der Wissenschaftsrat übernimmt damit eine doppelte Vermittlungsfunktion, nämlich zwischen Wissenschaft und Politik sowie – entsprechend der föderalen Struktur der Bundesrepublik – zwischen Bund und Ländern.« (Wissenschaftsrat)

Presse

»Es gibt Berater, die die Politik sachlich auf Vordermann bringen (Experten), es gibt andere, die ihr konzeptionell auf die Sprünge helfen wollen (politische Denker zum Beispiel in den Universitätsinstituten für Politikwissenschaften). Aber am meisten nachgefragt wird der Rat der Operateure, der ›Umsetzer‹, die wissen, was geht und wie es durchzusetzen ist.«

(Grunenberg, in: *Die Zeit*, 5. 7. 2001)

»Es fehlt zunehmend der konstruktive Dialog zwischen Beratern und Politikern [...]. Für diesen Mangel sind beide Seiten verantwortlich. Wo der Politiker auf seine Entscheidungskompetenz verweist und ihm Einmischung nicht behagt, empfinden die Berater oft wohlthuende Distanz zu den konkreten Problemen und flüchteten in abstrakte Grundsatzüberlegungen.«

(Hüther, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 9. 2000)

»Während die Wissenschaft gewohnt ist, Probleme in ihrer ganzen Komplexität zu betrachten, erwarten Politiker möglichst einfache, überzeugende Aussagen, die sich dem Wahlvolk gut vermitteln lassen. Beides geht nur selten zusammen.« (Schuh, in: *Die Zeit*, 22. 8. 2002)

»Erstens verringern professionelle Berater die Komplexität, sie machen Schwierigkeiten fassbar. Sie leisten damit einen nicht zu überschätzenden Dienst an ihrem Kunden. Demgegenüber neigen Wissenschaftler dazu, die Vielfältigkeit eines Problems in ihrer ganzen deprimierenden Schönheit aufzufächern und sich darin zu verlieren. Sie stellen damit oft zu hohe Ansprüche an die Urteilskraft einer Politik, die nur den rasch fassbaren, alltagstauglichen Rat sucht. Wenn Wissenschaft der Politik also praktische Hilfestellung geben und die Wirklichkeit mitgestalten will, muss sie besseren Service bieten. Zweitens helfen die professionellen Berater der Politik dabei, sich überhaupt erst inhaltliche Ziele zu setzen. Sie lehren sie, wonach sie suchen und fragen soll.«

(Horn, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. 4. 2004)

Theorie und Praxis

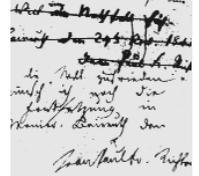
»Einerseits gefährdet Politikberatung offensichtlich das kritische Widerstandspotential freier Wissenschaft, da sie Loyalitäten erzeugt. Andererseits werden Gefälligkeitsgutachten und öffentliche Fürsprache die wissenschaftliche Reputation schnell und nachhaltig untergraben.«

(Schönig, in: *Beratende Sozialökonomik*, S. 96)

»Der idealisierte Wissenschaftler schafft Wissen. Er trifft nicht politische Entscheidungen. Der Wissenschaftler beruft sich mit Blick auf den Werturteilsstreit auf das normative Postulat der Werturteilsfreiheit.«

(Petraik, in: *Politikberatung als wissenschaftlich begründete Verbindung*, S. 163)

»Generell hat sich das finanzielle Umfeld amerikanischer Think Tanks drastisch verändert. Die staatliche Finanzierung ist über die letzten Jahrzehnte auf ein Minimum reduziert und durch private Mittel, zunehmend von Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen, ersetzt worden. Diese Veränderung birgt jedoch für die verschiedenen Organisationsformen unterschiedliche Chancen und Risiken. Denn wenn es darum geht, Geldmittel von privaten Sponsoren anzuwerben, haben Think Tanks mit einer klaren politischen/ideologischen Position einen Marktvorteil. Dieses Gefälle hat eine umso nachhaltigere Auswirkung auf die amerikanische Forschungslandschaft, als gleichzeitig die traditionellen Ressourcen für politisch eine ausgewogene Linie vertretende Think Tanks versie-



gen oder über alternative Kanäle bzw. Kanülen fließen.«
(Braml, in: *Politikberatung amerikanischer Think Tanks*, S. 567)

»Forschungsergebnisse können nicht einfach bestellt oder geliefert werden.«

(Rheinberger, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 5./6. 5. 2007)

»Die Trennung von Wissenschaft und Politik, von wissenschaftlichem Wissen und politischen Leitbildern (>facts versus values<) ist eine Konstellation, die in der Beratungspraxis in Reinform kaum anzutreffen ist.«
(Murswiek, in: *Wissenschaftliche Beratung im Regierungsprozess*, S. 106)

»Die Wissenschaftlichen Dienste müssen sich thematisch und inhaltlich an den Bedarf der Politik anpassen, ohne ihre wissenschaftliche Orientierung aufzugeben. Um nicht als praxisfern und rein akademisch zu gelten, müssen Auswahl von Themen, Darstellung von Sachverhalten, Verweise auf Forschungsergebnisse und Theorien auf den politischen Entscheidungsprozess bezogen und damit für die politisch Handelnden unmittelbar verwertbar sein. Zu große Politiknähe verwischt jedoch die Differenz der Wissenschaftlichen Dienste zu anderen Hilfsorganen [...].« (von Winter, in: *Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages*, S. 204)

»Durch wissenschaftliche Einsichten werden die Entscheidungen der Politiker nicht unbedingt einfacher oder gar fiktiv, sondern oft schwieriger, weil die Entscheidungssituation klarer und differenzierter dargestellt werden kann, nicht zuletzt weil hier oft unterschiedliche wissenschaftliche Gutachten miteinander konkurrieren.«
(Lompe, in: *Traditionelle Modelle der Politikberatung*, S. 29)

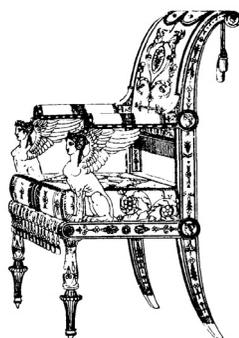
»Neben materialistischen Wertvorstellungen treten post-materialistische, neben etablierten Interessenorganisationen treten soziale Bewegungen mit neuen Interessen, und neben Experten treten Gegenexperten mit konfligierenden Wissensbeständen. Durch Erkenntnisse über den Zusammenhang von Wissen, Werten und Interessen werden wissenschaftliches Wissen und Expertenleistungen anfechtbar. Die Integrationsfähigkeit der so ausdifferenzierten und pluralisierten Gesellschaft wird insgesamt pessimistisch bewertet.« (Heinrichs, in: *Politikberatung in der Wissensgesellschaft*, S. 36)

»Wozu also [...] Ethikräte? [...] Nicht, um dem Parlament die Entscheidung abzunehmen [...] Nicht, weil sich in Ethikräten eine höhere Weisheit bündeln würde – wohl aber, weil fachspezifischer Sachverstand und wissenschaftliche Perspektive in ihrer interdisziplinären Begegnung aufklärend und erhellend für die Problemanalyse wirken können. Ethikräte tragen weder der Gesellschaft noch dem Parlament stolz und zielsicher die Fackel voraus, aber genauso wenig tragen sie dem Parlament und noch weniger der Regierung die Schleppe hinterher. Sie nehmen Sondierungen auf schwierigem Gelände vor, nicht mehr, aber auch nicht weniger.« (Dreier, in: *Aus dem Blickwinkel des Verfassungsrechtlers*, S. 2)

»Die intensiven öffentlichen Debatten über medizin- und bioethische Fragen in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass tragfähige und wirkliche demokratische Entscheidungen des Gesetzgebers nicht auf Empfehlungen, die ein Expertengremium hinter verschlossenen Türen erarbeitet hat, sondern auf den Ergebnissen transparenter, lebendiger und vielstimmiger Diskussionen in Beratungsgremien und in der Öffentlichkeit aufbauen müssen.«
(Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft)

»Politikberatung wird durch die Einbeziehung neuer Akteure und die Anwendung neuer Beratungsformate in einer Weise neu gerahmt, die auch wieder deliberative Politik erlaubt. Sie geht von der Beobachtung aus, dass moderne Gesellschaften unter dem Druck wissenschaftlich-technischer Entwicklungen in ethisch-moralisch brisante, aporetische Entscheidungszwänge geraten sind, auf die es keine einfachen, allein auf »sachlich-fachliches« Wissen gestützte Antworten gibt. Da aber im politischen Prozess gleichwohl (Kompromiss-)Entscheidungen verlangt sind, bedarf es der möglichst intensiven und breiten Beratschlagung durch die »Gesellschaft«, die wieder in Gestalt von Interessengruppen, Gegenexperten und Medien auftritt.«
(Leggewie, in: *Deliberative Demokratie*, S. 155f.)

»Politisch-moralische Streitfälle können nicht durch Facheliten entschieden werden, und öffentliche Deliberation ist der Weg zu qualitativ besseren Entscheidungen. Jedermanns-Expertise wird nicht eingeholt, um eine problematische Entscheidung in der »öffentlichen Meinung« einzubetten, sondern weil die Betroffenen-Perspektive



Urteilkraft stärkt und eine ›bessere Politik‹ ermöglicht.«
(Leggewie, in: *Deliberative Demokratie*, S. 157)

»Unter der strategischen Funktion wissenschaftlicher Beratung ist zu verstehen, dass politische Entscheidungsträger die von den Beratern unterbreiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse selektiv in der Weise einsetzen, dass sie damit ihre eigene Argumentation im Hinblick auf ihre persönlichen Ziele untermauern und ›objektivieren‹. [...] Die Legitimationsfunktion hängt eng zusammen mit der strategischen Funktion wissenschaftlicher Beratung. Unter Legitimationsfunktion wird verstanden, dass politische Entscheidungsträger wissenschaftliche Erkenntnisse dazu benutzen, um ihre bereits vorgefaßten politischen Standpunkte wissenschaftlich zu untermauern.«
(Cassel, in: *Politikberatung und Politikerberatung*, S. 84f.)

»Eine weitere Ursache für die mangelnde Umsetzung politischer Ratschläge und die Folgenlosigkeit beraterischer Tätigkeiten wird oftmals in der ›Beratungsresistenz‹ der Spitzenpolitiker vermutet: Viele Politiker beauftragen zwar Berater, aber eigentlich misstrauen sie externer Beratung, weil jede konkrete Umsetzung von Ideen Unruhe bringt, Konflikte anstößt und Interessenvertreter auf den Plan ruft. Die ›Beratungsresistenz‹ gehört oft zum notwendigen Schutzschild der Politiker. Politische Tatkraft erschöpft sich in konflikthaften Entscheidungssituationen folglich häufig in der Auftragsvergabe wissenschaftlicher Gutachten – und sei es, dass diese lediglich belegen, dass es keinen aktuellen Handlungsbedarf gibt.«
(Heinrichs, in: *Politikberatung in der Wissensgesellschaft*, S. 6)

»Politikberatung hat in der praktischen Politik eine entscheidende Schwäche, die zum Problem für große wie für mittlere Mächte werden kann: Sie geht von Theorien und von Modellen aus, die in entwickelten Demokratien ihre Anwendung oder Bestätigung finden mögen. Aber außerhalb der westlichen Welt ist eine derartige Herangehensweise sehr rasch zum Scheitern verurteilt, ist sie naiv und in ihren Auswirkungen bisweilen gefährlich.«
(Thies, in: *Die Krise der Politikberatung*, S. 267)

»Eine Umfrage unter österreichischen Politikern zeigt, dass deren Bereitschaft zum Einbeziehen wissenschaftlicher Expertise begrenzt ist: Politiker lassen sich demzufolge am häufigsten von den Institutionen der Sozialpart-

nerschaft beraten, gefolgt von Fraktion, Unternehmen, Mitarbeitern, Kollegen und Medien. Erst an siebenter und letzter Stelle werden wissenschaftliche Institute genannt.« (Lederer/Neuschwandter, in: »*Das funktioniert hier alles ein bisserle anders*«, S. 578)

»Ein Politiker muss immer handeln, auch wenn ihm die notwendigen Mittel oder das erforderliche Wissen nicht zur Verfügung stehen. Zum politischen Handeln gehört Selektivität, eine gewisse einseitige Aufmerksamkeit, die besonders verstärkt wird, wenn das erforderliche Wissen nicht zur Verfügung steht.« (Murswiek, in: *Wissenschaftliche Beratung im Regierungsprozess*, S. 103)

»Wissen und Nicht-Wissen können aber nicht als feste Größen verstanden werden. Zwischen ihnen liegt die Grauzone des Nicht- bzw. noch nicht abgesicherten Wissens. Wissen bezeichnet die kognitive Stilisierung von Erwartungen und impliziert somit Lernbereitschaft. Mit dem Begriff des unsicheren Wissens ist eine gleitende Skala von umfassendem und verhältnismäßig sicherem Wissen bis hin zu großen Ungewissheiten und Wissenslücken bezeichnet.« (Engel/Halfmann/Schulte, in: *Wissen – Nichtwissen – Unsicheres Wissen*, S. 9)

»Auf der Suche nach zutreffenden Beurteilungen und Prognosen werden zwangsläufig die Grenzen der wissenschaftlichen Erklärung, die Zonen der Ungewissheit und des Nichtwissens sichtbar. [...] Wer Wissen für Entscheidungsprozesse erlangen möchte, sucht zwangsläufig Zukunftswissen, um Handlungskorridore zu erkennen, Problemlösungsmöglichkeiten anhand ihrer unterschiedlichen Folgen beurteilen, Risiken kontrollieren und die Rolle von Entwicklungstrends für heutige Verteilungs- und Zuordnungsmaßnahmen berücksichtigen zu können. Wissenschaft ist aber keine Prophetie.« (Kropp/Schiller/Wagner, in: *Agrarwissenschaftliche Expertise*, S. 40)

»Wissen ist prinzipiell für alle da und verliert, auch wenn es bekannt wird, nicht an Einfluss. Im Gegenteil, in vielen Fällen kann es dann seine Wirksamkeit entfalten, wenn es öffentlich wird.« (Stehr, in: *Wissen*, S. 20)

»Insofern die Realisierung von Wissen von bestimmten Bedingungen abhängig ist, haben wir gleichzeitig einen ersten wichtigen Verweis auf das Verhältnis von Wissen und Macht. Die Kontrolle der für die Implementation

von Wissen notwendigen sozialen und kognitiven Bedingungen setzt ein bestimmtes Ausmaß von Macht voraus. Je größer zum Beispiel der Umfang des zu realisierenden praktischen Projektes, desto mehr Macht ist erforderlich, um die sozialen und kognitiven Rahmenbedingungen, die die Realisierung des Wissens als Handlungsvermögen erlauben, kontrollieren zu können.« (Stehr, in: *Wissen*, S. 21)

»Der vielleicht wichtigste Vorteil einer wissenschaftlich orientierten Informationsgesellschaft besteht nicht darin, Fehler gänzlich ausschalten zu können, sondern Fehler zu erkennen, zu akzeptieren, transparent zu machen, daraus zu lernen und das relative Ausmaß von Fehlern zur Optimierung von Entscheidungen unter Unsicherheit zu nutzen.« (Fiedler, in: *Unsicheres Wissen als Beginn*, S. 295)

Literatur

- K. Biedenkopf: Was erwartet die Politik von der Wissenschaft?, in: Heidelberg Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Politikberatung in Deutschland*. Wiesbaden 2006
- J. Braml: Politikberatung amerikanischer Think Tanks, in: *Handbuch Politikberatung*, hg. von S. Falk, D. Rehfeld, A. Römmele und M. Thunert. Wiesbaden 2006
- S. Cassel: *Politikberatung und Politikerberatung*. Bern/Stuttgart/Wien 2001
- B. Castiglione: *Der Hofmann. Lebensart in der Renaissance*. Berlin 1996
- N. Chamfort: Maximen und Gedanken, in: *Die französischen Moralisten*, übersetzt und eingeleitet von Fritz Schalk. Bremen 1962
- Deutsche Forschungsgemeinschaft, siehe: www.dfg.de/dfg_im_profil/dgf_5_punkte
- www.dfg.de/dfg_im_profil/aufgaben/beratung
- H. Dreier: »Aus dem Blickwinkel des Verfassungsrechtlers«, in: Nationaler Ethikrat (Hg.), *Infobrief* 14/2007, S. 2, siehe: http://www.ethikrat.org/publikationen/pdf/Infobrief_2007-02_website.pdf [20. 8. 2007]
- Ch. Engel, J. Halfmann und M. Schulte (Hg.): *Wissen – Nichtwissen – Unsicheres Wissen*. Baden-Baden 2002
- K. Fiedler: Unsicheres Wissen als Beginn – nicht als Grenze der Wissenschaft, in: Ch. Engel, J. Halfmann und M. Schulte (Hg.): *Wissen – Nichtwissen – Unsicheres Wissen*. Baden-Baden 2002
- M. Foucault: *Analytik der Macht*, hg. von Daniel Defert. Frankfurt am Main 2005
- Friedrich II. von Preußen: *Politisches Testament* (1752), in: *Friedrich der Große. Dem Staate dienen*, hg. von Uwe Greve. Husum 1986
- N. Grunenberg: »Die Mächtigen schlau machen«, in: *Die Zeit* vom 5. Juli 2001
- H. Heinrichs: *Politikberatung in der Wissensgesellschaft*. Wiesbaden 2002
- Th. Hobbes: *Leviathan*. Frankfurt am Main 1984
- K. Horn: »Praktische Hilfe für die Politik. Was Berater den Wissenschaftlern voraushaben«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. April 2004
- M. Hüther: »Entscheidungshilfe jenseits der Ideologie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 2000
- Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH Berlin: Stellungnahme zur geplanten Einrichtung eines Deutschen Ethikrates vom 19. Oktober 2006, S. 1, siehe: www.imew.de/imew.php/cat/147/aid/359/title/stellungnahme_zur_geplanten_Einrichtung_eines_Deutschen_Ethikrates/print/1 [20. 8. 2007]
- I. Kant: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* (1784), in: *Kant's Werke*, Band 8, hg. von der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften, Berlin/Leipzig 1912

C. Kropp, F. Schiller und J. Wagner: *Agrarwissenschaftliche Expertise an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik: Möglichkeiten und Grenzen des Wissensaustauschs*, S. 40, siehe:

www.sozialforschung.org/de/mitarb/kropp.html

A. Lederer und G. Neuschwander: »Das funktioniert hier alles ein bisschen anders« – Politikberatung in Österreich, in: *Handbuch Politikberatung*, a.a.O.

C. Leggewie: Deliberative Demokratie – Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung (und zurück), in: *Handbuch Politikberatung*, a.a.O.

K. Lompe: Traditionelle Modelle der Politikberatung, in: *Handbuch Politikberatung*, a.a.O.

N. Machiavelli: *Der Fürst*. Leipzig 1987

Th. de Maizière, Kanzleramtsminister, im Interview mit der *Berliner Zeitung*, siehe: www.bundesregierung.de [2. 10. 2007]

A. Murswiek: Wissenschaftliche Beratung im Regierungsprozess, in: ders. (Hg.): *Regieren und Politikberatung*. Opladen 1994

P. Petrak: Politikberatung als wissenschaftlich begründete Verbindung von Ethik und Sozialwissenschaft, in: U. Jens und H. Romahn (Hg.): *Glanz und Elend der Politikberatung*. Marburg 2005

J. Rau: Rede für den Wissenschaftsrat vom 29. Januar 2004, *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 12–3, 2. 2. 2004, siehe: <http://archiv.bundesregierung.de> [11. 10. 2007]

H.-J. Rheinberger: »Man weiss nicht genau, was man nicht weiss. Über die Kunst, das Unbekannte zu erforschen«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5./6. Mai 2007

J.-J. Rousseau: *Der Gesellschaftsvertrag*. Frankfurt am Main 1984

H. Schelsky: Berechtigung und Anmaßung in der Managerherrschaft (1950), in: ders.: *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf/Köln 1965

W. Schöning: Beratende Sozialökonomik im aktivierenden Sozialstaat, in: U. Jens und H. Romahn (Hg.): *Glanz und Elend der Politikberatung*. Marburg 2005

H. Schuh: »Wer hat da am Rat gedreht?«, in: *Die Zeit* vom 22. August 2002

N. Stehr: Wissen, in: Ch. Engel, J. Halfmann und M. Schulte (Hg.): *Wissen – Nichtwissen – Unsicheres Wissen*. Baden-Baden 2002

J. Thies: Die Krise der Politikberatung, in: *Merkur* 3/2007

A. de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*. München 1976

Vauvenargues: Reflexionen und Maximen, in: *Die französischen Moralisten*, übersetzt und eingeleitet von Fritz Schalk. Bremen 1962

M. Weber: *Politik als Beruf*. München/Leipzig 1926

M. Weber: *Wissenschaft als Beruf*. München/Leipzig 1930

Th. von Winter: Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, in: *Handbuch Politikberatung*, a.a.O.

Wissenschaftsrat, siehe:

www.wissenschaftsrat.de/Aufgaben/aufg_org.htm [28. 9. 2007]